

MEDIENMITTEILUNG DER GLP ZUR STANDORTSTRATEGIE DES KSBL

Medienmitteilung

Liestal, 27. August 2026 – Die Mitgliederversammlung der Grünliberalen Partei Basel-Landschaft hat heute den Kurs von Vorstand und Fraktion bestätigt: Die aktuelle Vorlage zur 2-Standortpolitik des Kantonsspitals Baselland KSBL wird klar abgelehnt. Fraktion und Vorstand werden sich in der weiteren parlamentarischen Bearbeitung für fundamentale Anpassungen der Vorlage einsetzen. Gelingt dies nicht und passiert die Vorlage den Landrat unverändert, ergreift die GLP das Referendum.

Zwischen dem Bruderholz und dem Universitätsspital Basel liegen 3.5 Kilometer Luftlinie. In dieser Dichte leistet sich die Region Basel eine Spitalversorgung, die an einer Kantonsgrenze endet. Genau in diese Ausgangslage hinein soll der Landrat Dotationskapital und eine Kreditsicherungsgarantie in Milliardenhöhe sprechen. Der Kanton will bis zum Ende dieses Jahrhunderts den Status Quo in Beton zementieren.

Die Region Basel weist eine deutlich über dem schweizerischen Mittel liegende Inanspruchnahme stationärer Leistungen auf. Sie entsteht aus dem Zusammenspiel aller Anbieter in der Nordwestschweiz und lässt sich folglich auch nur dort abbauen. Wo Akutspitäler in Sichtweite zueinander um dieselben Patientinnen und Patienten konkurrieren, fehlt zudem die Fallzahlenkonzentration. Das treibt die Fallkosten und drückt gleichzeitig die Behandlungsqualität. Beahlt wird beides von denselben Menschen, einmal über die Prämie und einmal über ein schlechteres Behandlungsergebnis.

«Zwischen den beiden Akutspitalern liegen 3,5 Kilometer, zwischen den Planungen der beiden Basel liegen Welten. Das kostet doppelt und heilt niemanden », sagt Tim Hagmann, Landrat und Mitglied der VGK.

Die Grünliberalen wollen eine Spitalplanung in Planungsregionen. Der relevante Raum ist die gesamte Region nördlich des Jurabogens mit Basel-Stadt, dem Fricktal und dem Schwarzbubenland. Standorte, Leistungsaufträge und Kapazitäten gehören dorthin geplant, wo die Menschen tatsächlich behandelt werden, und nicht dorthin, wo eine Grenze auf der Karte verläuft. Entscheidend ist die Reihenfolge: zuerst die verbindliche Verständigung mit den Nachbarn, dann die Investitionsentscheide.

Mittel, die in überzählige stationäre Infrastruktur fliessen, fehlen für wohnortnahe ambulante Versorgung, für integrierte Versorgungsmodelle und für die Digitalisierung. Wir hinterlassen den zukünftigen Generationen keine zukunftsfähige Versorgung, sondern Unterhaltskosten für Strukturen aus dem letzten Jahrtausend.

«Die Fraktion wird im Landrat um jede Verbesserung kämpfen. Bleibt die Vorlage, wie sie ist, soll die Bevölkerung entscheiden.» sagt Manuel Ballmer, Fraktionspräsident.

Die Ausgabenbewilligungen unterstehen dem fakultativen Referendum. Die Mitgliederversammlung hat einstimmig entschieden, dieses zu ergreifen, falls der Landrat die Vorlage ohne substantielle Anpassung verabschiedet.

Für weitere Informationen:

Tim Hagmann, Landrat, Mitglied VGK, tim.hagmann@lr-bl.ch

Manuel Ballmer, Landrat, Fraktionspräsident, manuel.ballmer@lr-bl.ch

Thomas Tribelhorn, Co-Parteipräsident, thomastribelhorn@eblcom.ch